

König Fußball regiert nicht ewig

Berlin sieht voller Erwartung der FIFA-WM 2006 entgegen. Vom 9. Juni bis zum 9. Juli wird „König Fußball“ unsere Stadt regieren. Einen Monat lang werden sich die Gespräche in unserer Stadt um brillante Doppelpässe und knappe Abseitsentscheidungen, tragische Elfmeterhelden und spektakuläre Tore drehen. 32 Nationen, die Welt zu Gast bei Freunden, ein großes Fest - und am Ende, frei nach Englands Fußballidol Gary Lineker,

Aber die Menschen benötigen weder politische Schönfärberei noch hedonistische Selbstdarsteller. Was sie brauchen, sind konkrete Lösungen für ihre drängenden Probleme. Hier hat Rot-Rot auf ganzer Linie versagt. Der Noch-Amts-inhaber hat in seiner Parteitage-Rede die im doppelten Sinne tiefrote Bilanz des SPD/PDS-Senats bewusst verschwiegen. 300.000 Arbeitslose, jährlich 500.000 Straftaten und 600.000 ausgefallene



Henkel redet Klartext

gewinnt Deutschland. In jedem Fall.

Aber die Herrschaft des Fußballs währt nicht ewig. Schon bald werden die alltäglichen Probleme wieder wichtiger sein als die Tagesform von Klose, Ballack und Co., wird der tägliche Existenzkampf vieler verzweifelter Menschen wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung rücken. Ein Fußballspiel dauert nur 90 Minuten, aber am 17. September treffen die Berlinerinnen und Berliner eine Richtungsentscheidung für die nächsten fünf Jahre. Wohin führt der Weg unserer Stadt? Wie können ihre Potentiale genutzt, wie sollen ihre vielfältigen Probleme gelöst werden?

Die Berliner SPD hat auf einem Landesparteitag Ende Mai ihre „Zukunftsvision“ auf einen einfachen Nenner gebracht: „Weiter so.“ Keine ehrliche Regierungsbilanz, keine Konzepte, wie man die Zukunft der Stadt gestalten könnte – stattdessen setzten die Genossen ausschließlich auf die One-Man-Show Wowereit.

Unterrichtsstunden – dies sind nur einige Kennzahlen, die das politische Scheitern von Rot-Rot schonungslos aufdecken. Die SPD hat gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner Berlin nicht sozialer, sondern ärmer gemacht.

„Konsequent Berlin“ – unter dieses Motto haben die Genossen ihren Wahlkampf gestellt. Und in der Tat: Die SPD hat Berlin in den vergangenen Jahren konsequent seiner Chancen beraubt, konsequent in die Massenarbeitslosigkeit, Verschuldung und Bildungsmisere geführt. Nicht nur aus diesem Grund bin ich davon überzeugt: Weitere fünf Jahre Rot-Rot kann sich Berlin nicht leisten. Ansonsten drohen wir im bundesweiten und internationalen Vergleich weiter ins Abseits zu geraten.

Was Berlin jetzt braucht, ist eine neue Mannschaftsaufstellung und einen Befreiungsschlag. Die Berlinerinnen und Berliner haben am 17. September die Wahl zwischen einem „Weiter so“ mit der One-Man-Show Wowereit oder einer CDU mit Friedbert Pflüger an der Spitze, die an die Stadt und ihre Möglichkeiten glaubt. Auch hier können wir vom Fußball lernen: Einzelspieler können an einem guten Tag ein Spiel entscheiden. Aber nur wer fähig ist, im Team zu spielen, kann über sich hinauswachsen und langfristige Erfolge feiern.

Deutschland auf dem richtigen Kurs



Ingo Schmitt

Die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel hat Deutschland wieder auf einen Kurs für mehr Wachstum und Beschäftigung gebracht.

Der Berliner CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt zog eine erfreuliche Bilanz der bisherigen Arbeit der unionsgeführten Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel: „Gemeinsam haben wir in den ersten Monaten viel erreicht. Das Gesetzespaket für Wachstum und Beschäftigung macht sich bereits bemerkbar. Führende Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2006 ein Wachstum von 1,8 Prozent. Dies bedeutet das stärkste Wirtschaftswachstum seit 2000. Der Arbeitsmarkt weist wieder in eine positive Richtung. Zudem hat sich die Koalition auf zentrale Eckpunkte zum Elterngeld verständigt und stärkt mit der Einfüh-

rung vor allem junge Familien. Diese Erfolge zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind und diesen weiter beschreiten müssen.“ Trotz der sich belebenden Konjunktur bleibe die Haushaltslage unseres Landes jedoch dramatisch, so Schmitt. Deshalb verteidigte er die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent ab 2007, auch wenn dies zu den „unangenehmen Wahrheiten“ gehöre: „Wenn der Staat handlungsfähig bleiben soll, muss der Haushalt dringend saniert werden. Dazu müssen wir aber auch die Einnahmen des Staates verbessern. Zudem benötigen wir die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhebung, um Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Denn zu einem Drittel werden sie dafür verwendet, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte zu senken.“ Schmitt verwies darauf, dass die Handschrift der Union im Regierungshandeln deutlich erkennbar

sei: „CDU und CSU konnten sich mit vielen Forderungen gegenüber der SPD durchsetzen. Politik ist jedoch immer die Kunst des Möglichen. Deshalb mussten wir beim Gleichstellungsgesetz Kompromisse eingehen, zumal es vier entsprechende EU-Richtlinien in deutsches Recht umzusetzen galt. Ein ‚Antidiskriminierungsgesetz‘, das weit über die EU-Vorgaben hinausgegangen wäre - wie von der rot-grünen Ex-Bundesregierung angestrebt - war mit CDU und CSU jedoch nicht zu machen. Es ist uns als Union gelungen, die Eingriffe in die Vertragsfreiheit zu minimieren.“ So bleibe z.B. das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und Religionsgesellschaften gewahrt. Zudem sei in dem von der CDU miteingebrachten Gleichstellungsgesetz sichergestellt, dass auch in Zukunft im individuellen Rechtsverkehr jeder Bürger seinen Vertragspartner grundsätzlich „nach Gutdünken“ auswählen könne.

Mehr Geld für 365.000 Familien



Dr. Ursula von der Leyen

Laut Berechnungen des Bundesfamilienministeriums werden 365.000 Familien in Deutschland von der Einführung des Elterngeldes profitieren.

„Die Familie wächst und der Einkommensverlust wird deutlich abgemildert“, so die Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen (CDU). „Das Elterngeld schafft einen Schonraum für Eltern, sich Zeit für Kinder zu nehmen, ohne finanziellen Einbruch verkraften zu müssen. Es signalisiert, dass Beruf und Kindererziehung Hand in Hand gehen. Junge Eltern können sich mit dem Elterngeld 14 Monate lang Zeit nehmen, um in die Rolle von Vater und Mutter hineinzuwachsen - erstmals ohne finanzielle Sorgen“, sagt von der Leyen. Keine Familie erhalte im

ersten Lebensjahr des Kindes weniger Geld als bisher. In diesem Zusammenhang stellte das Bundesfamilienministerium klar: Die Meldung, dass 340.000 Eltern durch das Elterngeld benachteiligt seien, treffe nicht zu. 365.000 Familien in Deutschland profitieren von der Einführung des Elterngeldes, sie werden im ersten Lebensjahr des Kindes deutlich mehr Geld als bisher zur Verfügung haben. Bisher ist es so, dass mit der Geburt eines Kin-

des die Familie wächst und das Einkommen schrumpft oder ganz wegfällt. Das Elterngeld fängt diesen Einkommensverlust der Familien im ersten Lebensjahr des Kindes auf. Die jungen Eltern können sich ohne finanzielle Sorgen Zeit nehmen, in ihre Rolle hineinzuwachsen. Kern des Elterngeldes ist deshalb die Einkommensersatzleistung in Höhe von 67 Prozent des durch die Betreuung des Kindes wegfallenden Erwerbseinkommens.

